

23.11.2012

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS  
MATTFELDT MdB**  
VERDEN – OSTERHOLZ

# BUNDESTAG AKTUELL

*Liebe Freunde,*

in dieser Woche haben wir den Bundeshaushalt 2013 verabschiedet. Dabei hat die christlich-liberale Koalition strikte Haushaltsdisziplin bewiesen. Für mich war es insofern eine ungewöhnliche Woche, weil ich gleich zweimal im Plenum sprechen konnte. Am Dienstag habe ich zum Euro-Fiskalpakt und zum Kita-Ausbau gesprochen, während es in der Debatte am Donnerstag um den Etat von Familienministerin Schröder ging, wo ich als zuständiger Berichterstatter ebenfalls zu Wort gekommen bin.



Als Ziel der parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2013 hatten wir uns vorgenommen, keine höhere Neuverschuldung zuzulassen, als im Regierungsentwurf vorgesehen war. Mit anderen Worten: Alle Veränderungen am Entwurf mussten gegenfinanziert werden. Das ist uns nicht nur gelungen, sondern wir haben unser Ziel sogar noch übertroffen und konnten die geplante Nettokreditaufnahme um 1,7 Milliarden Euro auf 17,1 Milliarden Euro absenken. Damit unterschreiten wir die nach der Schuldenbremse maximal zulässige Nettokreditaufnahme von 41,4 Milliarden Euro um 24,3 Milliarden Euro. Wir haben in der Koalition Ehrgeiz und Disziplin bewiesen. Die für 2014 angestrebte schwarze Null rückt in greifbare Nähe. Und die nach der Schuldenbremse mögliche strukturelle Nettokreditaufnahme von 0,35% des BIP halten wir 2013 bereits drei Jahre früher ein als vom Grundgesetz verlangt.

Auf der Ausgabenseite ist uns eine einmalige Leistung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gelungen: Die Ausgaben sinken im kommenden Jahr gegenüber dem Beginn der Legislaturperiode in 2010 nominal ab - trotz abnehmender Konjunktur und erheblichen Mehrbelastungen. Beispielsweise zahlt der Bund 2013 eine doppelte Rate von 8,7 Milliarden Euro in das Stammkapital des Europäischen Stabili-

tätsmechanismus (ESM) ein und entlastet die Kommunen weiter um rund 3,2 Milliarden Euro allein durch die Übernahme der Kosten der Grundsicherung.

Ich habe in dem Etat des Bundesfamilienministeriums, für den ich im Haushaltsausschuss zuständig bin, erneut jeden Ausgabeposten auf den Prüfstand gestellt. An einigen Stellen haben wir die Mittel abgesenkt und an anderen angehoben. Mir als Halbfranzose war es persönlich wichtig, die Mittel des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) anzuheben. Das DFJW wird je zur Hälfte aus Frankreich und aus Deutschland finanziert. Die Mittel sind seit der Gründung 1963 nicht angehoben worden. Deshalb war es mir wichtig, von deutscher Seite ein Signal auszusenden und die Mittel um eine Million Euro für 2013, das Jahr in dem sich der Élysée-Vertrag zum 50. Mal jährt, anzuheben. Frankreich hat ebenfalls die Bereitschaft erklärt, die Mittel auch um eine Million Euro anzuheben.

Konsolidierung heißt aber nicht 'Kaputtsparen' - im Gegenteil: Wir sanieren den Bundeshaushalt wachstumsfreundlich und haben daher im parlamentarischen Verfahren wie schon im vergangenen Jahr zusätzliche Mittel für Straße, Bahn und Wasserwege bereitgestellt. Nach der zusätzlichen Milliarde vom vergangenen Jahr stellt die Koalition 2013 zusätzliche 750 Millionen Euro vorrangig für Neubauprojekte zur Verfügung. Wir stärken so nicht nur den Haushalt, sondern auch den Standort.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

A handwritten signature in blue ink, which appears to be "A. Mattfeldt".

## Die politische Konkurrenz verirrt sich

Der designierte SPD-Kanzlerkandidat beherrscht zwar gerne die Schlagzeilen, hat aber große Probleme Anspruch und Wirklichkeit zusammenzubringen. Besonders übel stößt angesichts der Gewalt in Nahost auf, dass die SPD auf die falschen Partner setzt. Wie einst mit der SED, führt sie jetzt mit dem militanten Arm der PLO, der Fatah, Gespräche über gemeinsame Grundwerte. Die Ziele und Grundwerte der Fatah sind in ihrem Wappen symbolisiert: Neben Waffen enthält es eine Landkarte von Palästina, die Israel allerdings schon gar nicht mehr enthält. Waffen als Symbol und eine Karte ohne Israel – das sind unsere Grundwerte nicht.

In grundlegenden innenpolitischen Fragen wird nicht klar, was die SPD will: Auf der einen Seite fordert sie eine höhere Besteuerung von Millionären. Gleichzeitig blockiert sie im Bundesrat das Geldzurück-Abkommen mit der Schweiz und sorgt so dafür, dass deutsche Gelder in der Schweiz unbesteuert und Reiche ungeschoren bleiben. Die SPD lässt sich lieber auf halb-kriminelle Datenhändler ein und verweigert sich jeder Systematik – das ist folgenlose Kavallerie-Androhung anstatt wirklicher Steuergerechtigkeit.

Steuergerechtigkeit ist vor allem für Geringverdiener wichtig. Deswegen gibt es unseren Gesetzentwurf gegen die 'kalte Progression', der nicht nur den heimlichen Zugriff des Fiskus bei Lohnzuwachsen begrenzt, sondern auch das ab 2013 geltende Existenzminimum steuerfrei stellt. Aber auch diesen Gesetzentwurf blockiert die SPD im Bundesrat und sorgt so dafür, dass ab Januar 2013 möglicherweise sogar das Existenzminimum besteuert wird. Vielleicht sollte die Sozialdemokratische Partei wenigstens hier wieder ihre alte Perspektive einnehmen und sich gegen den Bankenführer durchsetzen.

Und noch ein Widerspruch zwischen Worten und Taten: Wer Wachstumsimpulse und Klimaschutzpolitik fordert, darf im Bundesrat nicht länger unser

1,5-Milliarden-Euro-Programm zur Gebäudesanierung ablehnen. In der energiegelichen Gebäudesanierung liegen die größten Einspar- und Klimaschutzmöglichkeiten. Auch unter diesem Aspekt wird die kommende Bundessatzung zu einem Prüfstein für die Politik- und Zukunftsfähigkeit der SPD.

Das Bürgerliche bei den Grünen ist Fassade und herbeigeschriebenes Wunschdenken. Die Grünen wollen Stimmen von Unionsanhängern, um anschließend rot-grüne Politik gegen Unionswähler zu machen. Und wir können sicher sein: Reicht es nicht für Rot-Grün, kommen die Linken mit ins Boot. Das haben wir gerade bei den Haushaltsberatungen erlebt, als rot-rot-grün zahlreiche gemeinsame Anträge gestellt haben. So ist auch das Motto der grünen Bundestagsfraktion zu verstehen: Uns geht's ums Ganze. Mit anderen Worten: Der Wille zur Macht ist es, der den grünen Spitzenkandidaten antreibt. Nach seinen Aussagen sind Frauen zwar das begabtere Geschlecht, am Ende müssen sie sich aber vor allem daran messen lassen, ob sie „sparsame Hausfrauen“ sind - so Trittin gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Unter diesem Blickwinkel passt seine Mit-Kandidatin mit bürgerlicher Normalfamilie, Ehemann und zwei Kindern perfekt in die Trittin'sche Rollenzuteilung als Feigenblatt und Stimmenfischerin.

Die Menschen in Deutschland wollen keine Versuchsobjekte für ein als neue Bürgerlichkeit verkleidetes linksdogmatisches Programm sein. Sie wollen übrigens auch nicht die von Herrn Özdemir erleichterte Aufnahme der Türkei in die EU, eines Landes, das laut Fortschrittsberichtes der EU-Kommission noch immer die Menschenrechte und die Religionsfreiheit mit Füßen tritt – und dieser Tage darüber entscheidet, die Todesstrafe wieder einzuführen. Wer sich mit Menschenketten für Fledermäuse in Deutschland einsetzt, darf hierüber nicht hinwegsehen.

## Beschneidung von Jungen in dieser Woche Thema

In dieser Woche fand die 1. Lesung des Gesetzes über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes statt. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen rechtmäßig zu erlauben. Anlass für die Erarbeitung dieses Entwurfs war das Urteil des Landgerichts Köln vom Mai diesen Jahres, das Beschneidung als Körperverletzung einstuft.

Der Gesetzentwurf sieht einige Maßnahmen zum Schutz der Säuglinge vor. So muss die Beschneidung zum Beispiel fachgerecht mit Schmerzbehandlung durchgeführt werden, eine vorherige umfassende Risiko-Aufklärung stattfinden und der Willen des Kindes einbezogen werden. Dennoch werde ich nicht für den Entwurf votieren, wenn dieser zur Abstimmung steht.

Ich denke, dass die Religionsfreiheit geschützt werden sollte. Für mich hat aber die körperliche Unversehrtheit der Jungen mehr Gewicht. Ich halte das religiöse Ritual der Beschneidung von Jungen durchaus für Körperverletzung. Medizinische Eingriffe bergen immer Risiken. Kein Kind sollte diesen Risiken ohne medizinische Notwendigkeit ausgesetzt sein, auch nicht auf Wunsch bzw. mit der Einwilligung der Eltern. Wenn die Jungen alt genug sind und selbst für sich entscheiden können, kann eine Beschneidung mit Bindung an die Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt werden. Gegen die Beschneidung von Säuglingen und Kleinkindern spreche ich mich aber entschieden aus.



**Büro Berlin:**

**Platz der Republik 1, 11011 Berlin**

**Telefon: 030 - 22 77 13 22**

**E-Mail: [andreas.mattfeldt@bundestag.de](mailto:andreas.mattfeldt@bundestag.de)**

**Internet: [www.andreas-mattfeldt.de](http://www.andreas-mattfeldt.de)**

Redaktion: Tatjana Range